basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Staatsfinanzen durch die Brillen der Frauen

Autor(en): Karoline Sutter

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2002

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/57587ad3-87f7-49c0-a7c8-0eb55da3b655

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Staatsfinanzen durch die Brille der Frauen

Karoline Sutter

‹Engendering Budgets› heisst das neue frauenpolitische Thema. Es fordert Regierung und Parlament auf, Rechenschaft über die Verwendung der Staatsgelder abzulegen. Profitieren mehrheitlich Frauen oder Männer?

Ist Kindererziehung eine Art von Service Public?

Um die Gleichstellungsfragen ist es in den letzten Jahren vermeintlich stiller geworden. Das bedeutet aber nicht, dass das angestrebte Ziel, die Gleichstellung und Gleichwertigkeit von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, erreicht worden ist. Wie Yolanda Cadalbert Schmid in der letztjährigen Ausgabe des Basler Stadtbuchs im Anschluss an 35 Jahre Basler Frauenstimmrecht – 30 Jahre Schweizer Frauenstimmrecht – 20 Jahre Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung – 5 Jahre Gleichstellungsgesetz konstatiert,[1] hat sich das geschlechtstypische Rollenverhalten nur wenig verändert. Diese etwas konsternierende Feststellung verweist darauf, dass die formelle Gleichstellung, im Sinne von gleichen Rechten für alle, die tatsächliche Gleichstellung nicht oder nur teilweise herzustellen vermag.

Finanzen – neues frauenpolitisches Thema

Die Etablierung des Wissenschaftszweigs ‹Gender Studies› erlaubt eine vertiefte Untersuchung der Gründe für die anhaltende Ungleichstellung. Die unter-

schiedlichen ökonomischen Realitäten sind unter anderem dafür verantwortlich, wie verschiedene Untersuchungen zeigen.[2] ‹Engendering Budgets›, zu Deutsch ‹Geschlechtsspezifische Budgetanalyse›, ist ein Ansatz, der das Problem genauer analysieren will. Die Grundidee ist eine relativ einfache: Regierung und Parlament sollen Rechenschaft darüber ablegen, wem die einzelnen Ausgaben tatsächlich zugute kommen, mehrheitlich Frauen und Mädchen oder mehrheitlich Männern und Knaben. Aus dieser Zuteilung soll sodann ersichtlich werden, ob die staatlichen Ausgaben die Gleichstellung tatsächlich fördern.

Gender Balance – Equal Finance

Vorläufiger Höhepunkt ist die von Frauenrat und Gleichstellungsbüro Basel-Stadt gemeinsam organisierte, viel beachtete Fachtagung ‹Gender Balance – Equal Finance›, die am 19. März 2002 im Grossratssaal stattgefunden hat. Wie der englische Titel andeutet, hat das Thema für diese Tagung den rein baslerischen Rahmen verlassen. Verschiedene Referentinnen aus dem Inland und dem europäischen Ausland haben das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Die baslerische Projektgruppe, bestehend aus Delegierten des Gleichstellungsbüros, des Statistischen Amts sowie externen Beraterinnen, präsentierte erste provisorische Ergebnisse der Basler Untersuchung.

Welcher Teil des Kuchens für die Frauen

Die Konferenz hat gezeigt, dass das Thema zahlreiche Verknüpfungen aufweist. Die ursprüngliche Fragestellung, wem die Staatsgelder zugute kommen, wurde entsprechend weiterentwickelt. Die erste schweizerische Untersuchung des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) ging

Durch die Brille der Frau gesehen …

von der Vermutung aus, dass im Rahmen der Sparbemühungen der 90er-Jahre überproportional auf Kosten der Frauen gespart wurde. Die Untersuchung zeigte denn auch relative Minderausgaben zu Lasten von Frauen.[3] Das Thema ‹Engendering Budgets› wirft aus dieser Perspektive somit in erster Linie ein Gerechtigkeitsproblem auf, die ungleiche Verteilung von öffentlichen Ressourcen auf Männer und Frauen.

Mit der Entwicklung der Theorie wird heute das Staatsbudget selbst als Umverteilungsmaschine zwischen den Geschlechtern identifiziert. Auf diesen Punkt wies etwa Kathrine Rake von der renommierten London School of Economics hin: «Existing patterns of gender inequalities mean that budgets affect women and men in quite distinct ways. It is important to understand these patterns in order to evaluate whether policies are properly targeted and meeting their desired aims efficiently.»[4] Die Ökonomin geht somit davon aus, dass das Staatsbudget einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensrealitäten von Frauen und Männern hat und somit im Sinne oder im Widerspruch zu einer effektiven Gleichstellungspolitik sein kann. Dass es sich beim Staatsbudget um einen grossen und entsprechend einflussreichen Betrag handelt, vergegenwärtigt der Hinweis, dass die Staatsausgaben (inkl. Sozialversicherungen) etwa einen Drittel des Bruttosozialprodukts der Schweiz ausmachen.

Kritik an traditionellen ökonomischen Ansätzen

Der Ansatz des ‹Engendering Budgets› birgt damit auch eine Kritik an den Ansätzen der klassischen Volkswirtschaftslehre. Diese rechnet damit, dass die Menschen zwischen zwei Arten von Zeit wählen, Erwerbsarbeitszeit und Freizeit. Die im überwiegenden Mass von Frauen geleistete Haus- und Betreuungsarbeit fliesst somit in volkswirtschaftli-

... ist die ungleiche Verteilung ...

che Überlegungen nicht ein. Die Soziologin Andrea Pfeifer bemerkte dazu: «Es ist wichtig zu sehen, dass die unbezahlte Haus- und Familienarbeit ein so wichtiger Wirtschaftssektor ist wie die Erwerbsarbeit. Ohne sie würden wir schlecht leben. Und ohne sie gäbe es die Erwerbsarbeit nicht.»[5] Erste Berechnungen haben gezeigt, dass es sich beim Betreuungsaufwand um ein Zeitvolumen handelt, das demjenigen von Industrie und Gewerbe vergleichbar ist.

Die Betreuungsarbeit stellt also die Conditio sine qua non für das Funktionieren einer auf Erwerbsarbeit basierenden Volkswirtschaft dar, so die Aussage der Ökonomin Mascha Madörin: «Beim Aufziehen von Kindern handelt es sich um eine spezielle Art von Service Public, von der die ganze Gesellschaft profitiert und von der das zukünftige Funktionieren der so genannten Wirtschaft abhängt.»[6]

Wirtschaftsfaktor Haus- und Betreuungsarbeit

Wird der Wirtschaftsfaktor Haus- und Betreuungsarbeit mitbedacht, müssen traditionelle Politiken revidiert werden, etwa eine Sparpolitik, welche staatlich bezahlte Angebote in den Bereich der unbezahlten Betreuungs- oder Freiwilligenarbeit verlagern will. Dazu noch einmal Mascha Madörin: «Es muss heute eine Wirtschaftspolitik gemacht werden, die damit rechnet, dass das Volumen der unbezahlten Arbeit abnehmen wird. Eine Politik, die mehr unbezahlte Arbeit schaffen will, würde voraussetzen, dass irgend jemand Zeit hat und dazu bereit ist, diese unbezahlte Arbeit zu tun.»[7] Wirtschaftspolitische Überlegungen müssen also die veränderten Lebensbedingungen von Frauen wie die zunehmende Erwerbstätigkeit der Mütter zur Kenntnis nehmen. Frauen haben keine unbegrenzten Zeitressourcen um bei der Streichung von subventionierten Angeboten, etwa in der

... von öffentlichen Ressourcen ...

Kinder- oder Betagtenbetreuung, einzuspringen. Die Angebote fallen somit entweder schlicht weg oder haben eine überproportionale Belastung der Frauen zur Folge, die weitere Ungleichheiten in Bezug auf das Arbeitsvolumen der Frauen schafft.

Zukunftsfaktor Haus- und Betreuungsarbeit

Die Frage der Verteilung der Staatsfinanzen kann darüber hinaus zum eigentlichen Zukunftsfaktor werden. Eine Gesellschaft, die wie die schweizerische seit Jahrzehnten rückläufige Geburtenzahlen aufweist, kann kaum darauf zählen, dass zusätzliche Personen für unbezahlte Arbeit zur Verfügung stehen. Umgekehrt wird aber aufgrund der Überalterung der Gesellschaft solche zunehmend anfallen. Eine erfolgreiche Sozialpolitik hängt also nicht zuletzt von der Frage ab, ob die Zeichen der Zeit erkannt werden und neue Modelle in Bezug auf die bezahlte und unbezahlte Arbeit gefunden werden. So stellt etwa die Ökonomin Francesca Bettio von der Università Siena fest: «In contrast, granting time to care may rise the fertility rate as paid work no longer competes with women's time».[8]

Gleichstellungsbüro und Frauenrat als treibende Kraft

Der Ansatz des ‹Engendering Budgets› ist nicht neu. Er stammt ursprünglich aus der Entwicklungspolitik und wurde in den 80er-Jahren in Australien erstmals für eine Gleichstellungspolitik westlicher Art adaptiert. Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD sowie der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gaben in der Schweiz erstmals eine Studie in Auftrag. Diese wurde 1996 vom Büro für arbeits- und sozialpoliti-

... ein Problem der Gerechtigkeit.

sche Studien (BASS) unter dem Titel ‹An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen›[9] publiziert. Der Frauenrat, die aus 18 Fachfrauen bestehende regierungsrätliche Frauenkommission, hat sich dieses Themas angenommen und zusammen mit dem Gleichstellungsbüro und der Sektion Basel des VPOD einen Folgeauftrag erteilt, die Analyse auch für den Kanton Basel-Stadt durchzuführen. Die Ergebnisse wurden 1998 an einer Tagung mit dem Titel ‹Finanzplanung: frauengerecht und sozialverträglich› der Öffentlichkeit vorgestellt. Zwei Budgetpostulate der Grössrätinnen Ursula Glück und Sibylle Schürch forderten die Weiterentwicklung und die Anwendung der Methode. Die Bewilligung von Fr. 50 000.– im Jahr 2000 stellte die notwendigen Finanzen dafür bereit. Die Publizierung der definitiven Ergebnisse wird auf Anfang 2003 erwartet.

Engendering Budgets – eine Herausforderung

Basel ist es mit ‹Engendering Budgets› gelungen, ein wichtiges, wenn auch brisantes Thema zu lancieren. Denn ‹Engendering Budgets› fordert die Politik als Ganze heraus. Es gereicht Basel zum Ruhm, hier eine schweizerische, wenn nicht sogar europaweite Pionierrolle einzunehmen. Wir wollen diese Herausforderung annehmen.

Anmerkungen

1 Yolanda Cadalbert Schmid, Die neue Frau wirft ihren Frosch nicht mehr an die Wand, sondern zurück in den Teich, in: Basler Stadtbuch 2001, Basel 2002.

2 Zur Frage der Lohnungleichheit siehe etwa Elisabeth Bühler, Frauen- & Gleichstellungsatlas, Zürich 2002.

3 Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten und Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD (Hg.), An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen, Zürich & Bern 1996.

4 Dies und die folgenden Zitate stammen alle aus Referaten der Basler Tagung ‹Gender Balance – Equal Finance› vom 19. März 2002.

5 S. o.

6 S. o.

7 S. o.

8 S. o.

9 S. Anm. 3.

Literatur

Gleichstellungsbüro Basel-Stadt/Frauenrat Basel-Stadt: Gender Balance – Equal Finance, Tagungsunterlagen und Reader, 2 Bände, Basel 2002 (sie können unter gsb@bs.ch bestellt werden).

Bakker, Isabell/Elson, Diane: Für ein Budget, das mit Frauen rechnet: Ansätze zu einer makroökonomischen Analyse von Staatsbudgets aus Frauensicht, in: Olympe 9/98, Zürich 1998.

Bundesamt für Statistik (Hg.): Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit, Neuchâtel 1999.

Bundesamt für Statistik (Hg.): Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit: Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe, Neuchâtel 1999.

Madörin, Mascha: Welcher Teil des Kuchens für die Frauen?, in: Büro für Gleichstellung der Stadt Zürich (Hg.): geschlecht gleich stellung, Zürich 2000.

Ökumenische Arbeitsgruppe Brot für alle/Fastenopfer (Hg.): Freier Blick auf Budgets!, Basel 2001.

Weitere Informationen unter: www.frauenrat-baselstadt.ch